

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Anfrage der Abgeordneten Ansgar Focke und Angelika Jahns (CDU), eingegangen am 06.10.2014

Was tut die Landesregierung, um Flüchtlinge in Niedersächsischen Sammelunterkünften zu schützen?

Die Onlineausgabe der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* berichtet am 29.09.2014 („Wenn Beschützer Täter werden“) über Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes in einer Flüchtlingsunterkunft in Burbach (NRW), die sich beim Quälen eines Flüchtlings fotografierten.

Der örtliche Polizeipräsident kommentierte laut *FAZ*, das seien Bilder, die man sonst nur aus Guantanamo kenne. Zwei der Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes, gegen die nun die Staatsanwaltschaft ermittelt, sollen bereits vorbestraft gewesen sein und hätten deshalb gar nicht als Sicherheitspersonal arbeiten dürfen. Gegen insgesamt sechs „Wachmänner“ aus Burbach solle laut *Focus Online* vom 30.09.2014 gegenwärtig ermittelt werden. Der private Betreiber des Flüchtlingsheims, die Firma European Healthcare, soll in Deutschland 40 Flüchtlingsheime betreiben. Aus weiteren Heimen dieser Firma in Essen und Bad Berleburg (NRW) würden laut *Focus Online* weitere Vorfälle berichtet.

Laut *Hannoverscher Allgemeiner Zeitung* vom 30.09.2014 soll diese Firma in Niedersachsen insgesamt zwölf Flüchtlingsunterkünfte in den Städten Hannover und Oldenburg und im Landkreis Gifhorn betreiben. Laut *Nordwest Zeitung* vom 30.09.2014 seien zumindest in Oldenburg dabei die Wachdienste an die gleiche Firma wie in Burbach, die Firma SKI aus Nürnberg, vergeben.

Am 25.09.2014 wurde in Wolfsburg ein Flüchtling in einer Flüchtlingsunterkunft erschossen. Hintergrund seien laut Aussagen des Innenministers im Landtagsplenum vom 26.09.2014 Streitigkeiten im Drogenmilieu. Der verstorbene Flüchtling soll dabei versucht haben, zu schlichten.

Im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für Niedersachsen ist vereinbart, dass die rot-grüne Koalition mehr Menschlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen üben möchte und alle landeseigenen Erlasse, Anwendungshinweise und die dazugehörige Verwaltungspraxis auf diese Ziele hin überprüfen und ausrichten werde.

Weiterhin vereinbarten SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Schließung der Landesaufnahmeeinrichtungen als Gemeinschaftsunterkünfte und Ausreisezentren. In den Kommunen sollte schnellstmöglich eine Wohnungseinrichtung organisiert werden. Beide Koalitionspartner halten außerdem ausdrücklich fest, dass Sozialstandards sichergestellt sein müssten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung derartige Vorfälle wie in NRW aus Niedersachsen bekannt?
2. Wie werden in Niedersachsen Flüchtlinge in Sammelunterkünften vor Vorfällen wie in Burbach geschützt?
3. Wie werden Asylbewerber in Sammelunterkünften in Niedersachsen vor Angriffen von außen geschützt?
4. Welche Regeln hat das Land zur Unterbringung von Flüchtlingen erlassen, und welche davon sind nach dem 19.02.2013 in Kraft getreten?
5. Was hat die gegenwärtige Landesregierung getan, um Sozialstandards für Flüchtlinge in Niedersachsen sicherzustellen?
6. Welche Sozialstandards für Flüchtlinge möchte die Landesregierung sicherstellen?
7. Welche Regeln hat der Bund zur Unterbringung von Flüchtlingen erlassen?

8. Welche weiteren Regeln gelten für die Unterbringung von Flüchtlingen in Niedersachsen?
9. Inwieweit gelten für die Unterbringung von Flüchtlingen andere Sozialstandards als für andere Zuwanderer, wie beispielsweise für Vertragsarbeiter aus der EU in Schlachthöfen?
10. Wer überwacht die Einhaltung dieser Regeln und Standards für die Unterbringung von Flüchtlingen?
11. Welche Behörden haben die Aufsicht über die Sammelunterkünfte in Niedersachsen zu führen?
12. Welche Aufsichtsmaßnahmen werden vom Land Niedersachsen durchgeführt, um eine sichere und menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen sicherzustellen?
13. Wird die Landesregierung neue Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Angemessenheit der Flüchtlingsunterbringung treffen? Wenn ja, welche?
14. Was tat und tut die Landesregierung, um konkret in den zwölf Sammelunterkünften für Flüchtlinge der Firma European Homecare in Niedersachsen die Bewohner vor Gefährdungen von innen und außen zu schützen?
15. Welche Unternehmen leisten den Wachdienst für die zwölf Sammelunterkünfte der Firma European Homecare?
16. Wie viele Sammelunterkünfte für wie viele Asylbewerber werden in Niedersachsen in welchen Kommunen von privaten Unternehmen betrieben?
17. In welchen der privat geführten Sammelunterkünfte sind Wachdienstleistungen an andere Firmen vergeben, und welche Firmen sind dies?
18. Was hat die Landesregierung seit dem 19.02.2013 getan, um in den Kommunen schnellstmöglich eine Wohnungsunterbringung zu organisieren?
19. Welche Änderungen entsprechend dem rot-grünen Koalitionsvertrag hat die Landesregierung bei der Landesaufnahmebehörde veranlasst?
20. Was ist konkret am Abend des 25.09.2014 in der Sammelunterkunft in Wolfsburg geschehen, das zu einem Toten führte?
21. Inwieweit ist die fragliche Unterkunft in Wolfsburg mit dem Drogenhandelsmilieu verbunden?
22. Stimmt die Landesregierung zu, dass Streitereien aus dem Milieu des Drogenhandels nicht in Flüchtlingsunterkünften ausgetragen werden dürfen?
23. Stimmt die Landesregierung zu, dass es mit einer Willkommenskultur für Flüchtlinge nicht vereinbar ist, wenn diese in Sammelunterkünften untergebracht werden, wo Streitigkeiten des Drogenhandelsmilieus ausgetragen werden?
24. Stimmt die Landesregierung zu, dass die Akzeptanz der Unterbringung von Flüchtlingen darunter leidet, wenn Sammelunterkünfte zu Stätten des Drogenhandelsmilieus werden sollten?
25. Was tut die Landesregierung, um den bereits zuvor wahrscheinlich traumatisierten Flüchtlingen in Wolfsburg zu helfen, die nun auch noch Zeugen einer solchen Auseinandersetzung mit tödlichem Ausgang wurden?